

# Bezirksregierung Köln

<b>Regionalrat</b>
<b><u>Sachgebiet:</u></b> Ergebnisprotokoll der 1. Sitzung (Konstituierung)
<b>Drucksache Nr.: RR 76/2014</b>
<b>4. Sitzungsperiode</b>

Köln, den 30.10.2014

## Vorlage für die 2. Sitzung des Regionalrates am 28. November 2014

**TOP 3:** Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 1. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 19. September 2014

**Rechtsgrundlage** § 17 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

**Berichterstatte** Frau Müller, Dezernat 32, Tel.: 0221 / 147 - 2386

**Inhalt** – Niederschrift  
– Anwesenheitsliste

**Anlage** –

### **Beschlussvorschlag:**

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>2</b>

## **Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln**

### **Niederschrift**

über das wesentliche Ergebnis der **1. Sitzung des Regionalrats** am Freitag, 19. September 2014, 10:05 Uhr bis 12:00 Uhr, im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln

#### **Vorsitzende:**

Rüdiger Bornhold (bis TOP 7)

anschließend

Rainer Deppe, MdL

#### **Teilnehmer:**

siehe beigefügte Anwesenheitsliste

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Zunächst weist **Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** darauf hin, dass er nach den Unterlagen der Geschäftsstelle wohl das älteste stimmberechtigte Mitglied des Regionalrats sei, geboren am 18.03.1941. Wenn jemand älter sei, möge er sich bitte melden. – Da dies nicht der Fall sei, werde er die ehrenvolle Aufgabe wahrnehmen, die Sitzung als Altersvorsitzender zu leiten, bis der neue Vorsitzende und seine Stellvertreter gewählt seien.

Der Altersvorsitzende eröffnet die 1. Sitzung um 10.04 Uhr und heißt die Anwesenden herzlich willkommen.

Der Regionalrat sei form- und fristgerecht geladen worden und sei beschlussfähig.

Zunächst habe Frau Walsken um das Wort gebeten.

**Regierungspräsidentin Gisela Walsken** führt aus, in dieser besonderen Regionalratssitzung die Gelegenheit nutzen zu wollen, ein paar Worte zu sagen, wie es wohl Tradition sei. Sie sei erst gut vier Jahre im Amt; insofern habe sie die letzte Konstituierung nicht persönlich miterlebt.

Obwohl die Berufung in dieses Gremium schon eine Zeitlang her sei, wolle sie noch einmal persönlich dazu gratulieren. Die Aufgabe sei nicht einfach; aber man werde sie gemeinsam meistern. Allen – einige seien schon in den vergangenen Regionalräten dabei gewesen, 16 seien zum ersten Mal dabei – ein herzliches Willkommen; sie

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>3</b>

wünsche eine glückliche Hand, viel Erfolg und freue sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Sie wolle ihren Gruß zum Anlass nehmen, einen ersten kurzen Blick auf die Aufgaben des Regionalrats zu werfen: keine Sorge, nicht in Gänze. Die Landesregierung habe im vergangenen Jahr den Entwurf des Landesentwicklungsplans für Nordrhein-Westfalen beschlossen. Die Fortschreibung des geltenden LEP von 1995 sei aufgrund der zwischenzeitlichen Änderungen der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen für die räumliche Entwicklung notwendig geworden. Der neue LEP treffe zentrale Weichenstellungen für die Entwicklung Nordrhein-Westfalens in den nächsten 15 bis 20 Jahren. In ihm seien insbesondere Ziele und Grundsätze für die räumliche Entwicklung festgelegt, die man regional, bezogen auf den Regierungsbezirk Köln, darstellen und ausformen müsse.

Damit sei sie schon bei dem zentralen Projekt dieses Gremiums, der Fortschreibung des Regionalplans, die für den Regierungsbezirk Köln anstehe. Aufgabe sei es, den Planungsraum unter Beachtung der höherstehenden landesplanerischen Festlegungen durch einen zusammenfassenden Regionalplan zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Dazu gehörten zum Beispiel die Anpassung des Siedlungsraums an die künftig zu erwartende Bevölkerungsentwicklung, die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf eine sparsamere Inanspruchnahme von Flächen im Freiraum und die Schaffung raumordnerischer Voraussetzungen für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien – wichtige Ziele.

Schon diese Aufzählung zeige die inhaltliche Spannweite der Regionalplanung und wie breit sie angelegt sei. Es liege in der Natur der Sache und sei keineswegs überraschend, dass die Kommunen, die Industrie, die Land- und Forstwirtschaft, der Naturschutz, um nur einige zu nennen, ganz unterschiedliche Vorstellungen zur künftigen Raumnutzung haben würden. Das gelte auch für viele Bürgerinnen und Bürger, die teilweise sehr unterschiedliche Interessen in Bezug auf die künftige Weiterentwicklung ihres Wohnorts, ihrer Heimat oder ihrer Umgebung vortrügen.

Das bedeute, es werde in der Verantwortung des Regionalrats liegen, im Zuge der Fortschreibung des Regionalplans abschließend über die im Verfahren auftretenden Konflikte der Raumnutzung zu entscheiden. Denn es gehöre zu den Kernaufgaben der Regionalplanung, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen zur räumlichen Entwicklung herbeizuführen. Teilweise sei das eine sehr schwierige Aufgabe, weil die Konflikte vorprogrammiert seien. Der Interessenausgleich werde sicherlich zu Spannungen führen, gleichwohl müsse er seitens der Regionalplanung durch klare Positionierung abgeschlossen werden.

Die Mitglieder des Regionalrats seien erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die in den Prozess kommunale Sichtweisen und kommunales Engagement einbringen würden. Damit meine sie nicht ausschließlich die Wahrnehmung der Interessen der eigenen Kommune oder einzelner Gruppen, was sicherlich auch der Fall und notwendig sei. Aber nach ihrer Wahrnehmung – vier Jahre sei sie dabei – stehe bei der Arbeit im Regionalrat nicht das Kirchturmdenken im Mittelpunkt, sondern der regionale Konsens, um für alle Seiten verträgliche Lösungen zu entwickeln. Die regionale Zusammenarbeit sei immer gut und erfolgreich gewesen, wenn es gelungen sei, die verschiedenen Interessen sachlich und überzeugend zu gewichten und in

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>4</b>

einen Plan zu bringen, der von der gesamten Region akzeptiert und mitgetragen werde.

Es wäre schön, wenn das auch künftig der gemeinsame Anspruch bleiben würde – parteiübergreifend, unabhängig von den unterschiedlichen politischen Positionierungen – und man es schaffen würde, ihn an manchen Stellen umzusetzen. Dahinter steckten sehr viel Arbeit, ein großer Einsatz, viel Engagement, Kompetenz und das Ringen um sinnvolle Lösungen in Diskussionen, um eine gute Entwicklung im Regierungsbezirk zu erreichen.

Sie – Walsken – sei davon überzeugt, dass man sich als Region noch besser verkaufen könne, wenn man intensiver regional zusammenarbeite. Deswegen werde man den Weg zum neuen Regionalplan sehr gerne im Dialog gehen. Das Erarbeitungsverfahren erfordere die Einbeziehung aller Kommunen und zahlreicher weiterer Beteiligter, auch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Man werde sich intensiv mit den Stellungnahmen auseinandersetzen.

An den Stellen, wo es politische Differenzen gebe, sollte man am Ende des Entscheidungsprozesses eine gemeinsame Haltung in der Sache suchen. Das wäre schön und habe in diesem Hause Tradition. Tradition sei auch, fair miteinander umzugehen und inhaltliche Konflikte sachlich auszutragen. Sie sei sicher, das werde man fortsetzen. In diesem Sinne sage sie im Namen ihres Hauses und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Das Angebot zur produktiven Fortführung der gemeinsamen Arbeit stehe. – Sie freue sich auf eine gute Zusammenarbeit und wünsche allen eine gute Sitzungsperiode.

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** geht davon aus, dass der Regionalrat dieses Angebot gerne annehmen werde, um die gute Zusammenarbeit der Vergangenheit fortzusetzen.

Er – Bornhold – begrüße noch einmal die neuen Mitglieder herzlich, beglückwünsche die anderen zur Wiederwahl und hoffe auf eine gedeihliche Zusammenarbeit.

## **TOP 1      Feststellung der Tagesordnung**

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** teilt mit, die Tagesordnung sei mit der Einladung fristgerecht zugegangen, und fragt nach Wortmeldungen zur Tagesordnung.

**Rolf Beu (GRÜNE)** bezieht sich auf die Tagesordnung vom 28.08.2014, verschickt mit der Einladung. Unter TOP 13 „Stellungnahme des Regionalrates zum Ökologischen Abfallwirtschaftsplan (ÖAWP)“ sei ein Nachversand in Form einer Drucksache der Bezirksregierung angekündigt worden. Das Einzige, was den Grünen – erst heute – zugegangen sei, sei ein gemeinsamer Antrag von zwei Fraktionen. Er wolle wissen, warum der Punkt auf die Tagesordnung gekommen sei, obwohl der angekündigte Nachversand bis heute nicht erfolgt sei.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** antwortet, der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und SPD sei gestern eingegangen; ein Versand hätte keinen Sinn gemacht. Man habe ihn gestern im Netz und heute als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>5</b>

Im Übrigen sei dieser Antrag in der Sitzung des Ältestenrats am 15.09.14 für die Tagesordnung der heutigen Sitzung angekündigt worden.

Auch **Reinhold Müller (FDP)** äußert, er sei bei dem angekündigten Nachversand nicht davon ausgegangen, direkt einen Antrag der beiden Fraktionen vorgelegt zu bekommen, sondern habe zunächst eine Vorlage der Verwaltung als Basis erwartet.

**Rolf Beu (GRÜNE)** stellt nicht in Abrede, dass im Ältestenrat bereits ein Antragsentwurf der SPD-Fraktion präsentiert worden sei. Aber damals, als dieser Entwurf im Ältestenrat beraten worden sei, habe TOP 13 in der Form, wie von ihm – Beu – bereits verlesen, auf dem Entwurf der Tagesordnung gestanden. Man habe nicht damit rechnen können, dass es zu TOP 13 Anträge der Fraktionen gebe. Die Grünen seien ebenso wie die FDP davon ausgegangen, eine Stellungnahme der Bezirksregierung zu erhalten, sodass jede Fraktion die Möglichkeit gehabt hätte, auf dieser Stellungnahme zu fußen. Ansonsten könne man sich heute nur an dem gemeinsamen Antrag der beiden großen Fraktionen abarbeiten, den man erst gestern bzw. heute erhalten habe.

Ihn interessiere, ob eine Stellungnahme der Bezirksregierung, obwohl auf der Tagesordnung vom 28.08.14 angekündigt, nie angedacht gewesen sei.

**Stefan Götz (CDU)** weist darauf hin, man sei noch bei TOP 1 „Feststellung der Tagesordnung“. Bisher habe niemand den Antrag gestellt, die Tagesordnung nicht so zu beschließen, wie sie dem Regionalrat vorliege. Die inhaltliche Diskussion sollte man zu einem späteren Zeitpunkt unter TOP 13 führen.

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** fragt, ob ein formaler Antrag gestellt werde, TOP 13 abzusetzen oder zu verschieben.

**Peter Singer (LINKE)** möchte wissen, ob eine Frist gesetzt sei, bis wann eine Stellungnahme des Regionalrats abzugeben sei.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** antwortet, die Frist laufe am 30.09.2014 ab.

**Rolf Beu (GRÜNE)** beantragt, TOP 13 von der Tagesordnung abzusetzen, da der von der Bezirksregierung angekündigte Nachversand ihrer eigenen Stellungnahme nicht vorliege – trotz des Fristablaufs am 30.09.14.

Er kritisiere zwar nach wie vor das Verfahren – so **Reinhold Müller (FDP)** –, aber angesichts der Ausschlussfrist 30.09.2014 habe man nur noch heute die Chance, eine Stellungnahme abzugeben, um sich in den Prozess einzubringen. Daher werde man dem Antrag auf Absetzung nicht zustimmen.

Der **Regionalrat** fasst mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, des Vertreters der Freien Wähler, des Vertreters der AfD sowie der Vertreterin der Piraten gegen die Stimmen von Grünen und Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag der Grünen, TOP 13 von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>6</b>

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** hält fest, damit sei die Tagesordnung in der heute vorliegenden Form festgestellt.

**TOP 2 Ergebnis der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder**  
Drucksache Nr. RR 58/2014

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** stellt fest, der Regionalrat habe von der Vorlage Kenntnis genommen.

**TOP 3 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrats zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 1. Sitzung (Konstituierung) des Regionalrats am 19. September 2014**  
Drucksache Nr. RR 23/2014

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** konstatiert, zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werde Ronald Borning, CDU, benannt.

**TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 19. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 27. Juni 2014**  
Drucksache Nr. RR 50/2014

Der **Regionalrat** genehmigt die Niederschrift.

**TOP 5 Wahl des/der Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln**  
Drucksache Nr. RR 51/2014

Der **Regionalrat** beschließt zunächst – ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung –, Frau Schäfer-Hendricks sowie die Herren Knauff, Hoffmann und Jöde zu Stimmzählern zu bestellen.

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** bittet um Wahlvorschläge.

**Stefan Götz (CDU)** schlägt Rainer Deppe, CDU, wie im Ältestenrat einvernehmlich besprochen, zur Wiederwahl vor.

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** merkt an, weitere Vorschläge würden nicht gemacht.

(Die Wahl des Vorsitzenden – als Einziger vorgeschlagen ist Rainer Deppe, CDU – wird in geheimer Abstimmung durchgeführt.)

Der **Regionalrat** fasst folgenden Beschluss:

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>7</b>

Zum Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln wird Rainer Deppe, CDU, mit 38 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen – 43 Stimmberechtigte sind anwesend – gewählt.

Die Frage des **Altersvorsitzenden Rüdiger Bornhold**, ob er die Wahl annehme, bejaht **Rainer Deppe (CDU)**.

**TOP 6 Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln**  
Drucksache Nr. RR 52/2014

Seines Wissens – so **Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** – habe sich der Ältestenrat auf drei stellvertretende Vorsitzende geeinigt.

(Die Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden – vorgeschlagen sind Heiner Höfken, SPD, Manfred Waddey, Bündnis 90/Die Grünen, und Brigitte Donie, CDU – wird in geheimer Abstimmung durchgeführt.)

Der **Regionalrat** fasst – 43 Stimmberechtigte sind anwesend – folgende Beschlüsse:

1. Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln wird Heiner Höfken, SPD, mit 37 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen gewählt.
2. Zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln wird Manfred Waddey, Bündnis 90/Die Grünen, mit 26 Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen gewählt.
3. Zur 3. stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln wird Brigitte Donie, CDU, mit 36 Ja- Stimmen, zwei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen gewählt.

Die Frage des **Altersvorsitzenden Rüdiger Bornhold**, ob sie die Wahl annähmen, bejahen **Heiner Höfken (SPD), Manfred Waddey (GRÜNE) und Brigitte Donie (CDU)**.

**Altersvorsitzender Rüdiger Bornhold** beglückwünscht die drei stellvertretenden Vorsitzenden herzlich und bittet Rainer Deppe, den Vorsitz zu übernehmen.

**Vorsitzender Rainer Deppe** dankt zuerst Rüdiger Bornhold für die gute Sitzungsleitung.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende, auch im Namen der stellvertretenden Vorsitzenden, für das gute Wahlergebnis – ein guter Start in die 4. Wahlperiode. Alle seien wohl, was ihre Arbeit bis 2020 angehe, voller Tatendrang.

Ihm sei es wichtig, zu Beginn der Sitzungsperiode Folgendes festzustellen:

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>8</b>

Er hoffe, dass es dem neuen Regionalrat gelingen werde, das gute, konstruktive und vor allem immer respektvolle Klima, das sich in den letzten viereinhalb Jahren entwickelt habe, beizubehalten.

Der Regionalrat Köln, mit 44 Mitgliedern der größte Regionalrat in Nordrhein-Westfalen, sollte nicht nur in Bezug auf die Quantität der größte sein, sondern seine Größe vor allem in Qualität umsetzen.

Die Bedeutung des Regierungsbezirks Köln zeige sich an der Zahl seiner Einwohner: 4,4 Millionen – immerhin hätten sieben EU-Mitgliedstaaten weniger Einwohner; Irland und Kroatien hätten etwa genauso viele Einwohner –, die einen Anspruch darauf hätten, dass der Regionalrat seine Arbeit nicht nur engagiert, sondern auch kompetent zum Wohl der Menschen zwischen Selfkant und Reichshof erfülle. Dazu setze er – Deppe – sowohl auf die gute Zusammenarbeit im Regionalrat als auch auf das gute Miteinander zwischen politischer Vertretung und Verwaltung, insbesondere mit Frau Regierungspräsidentin Walsken. Bisher habe man gemeinsam sehr viel bewegt. Er wüsste nicht, was den Regionalrat daran hindern sollte, in dieser Wahlperiode noch besser zu werden.

Drei Themen wolle er kurz ansprechen:

#### Erstens. Landesentwicklungsplan (LEP) und Regionalplanung

Der Regionalrat Köln habe mit großer Mehrheit und noch dazu gemeinsam mit dem Regionalrat Düsseldorf seine Position zum LEP-Entwurf deutlich gemacht, die auch in dieser Wahlperiode unverändert gültig bleibe. Man wolle auch zukünftig *die* Wachstumsregion in Nordrhein-Westfalen sein. Wenn man schon bereit sei, diese Verantwortung für das gesamte Land zu übernehmen, brauche man auch ein bedarfsgerechtes Flächenangebot. Man erwarte, dass die Vorschläge des Regionalrats ernst genommen würden und der zukünftige LEP den Regionen ausreichende Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verschaffe. Man habe im Frühjahr die Stellungnahme des Regionalrats zum LEP vollkommen zutreffend mit den Worten „Den LEP zu einem Instrument der zukünftigen Chancen machen!“ überschrieben. Dieser Titel sei nach wie vor richtig und sollte Leitlinie des Regionalrats sein.

#### Zweitens. Verkehr

Der Zustand der Verkehrswege bereite dem Regionalrat große Sorge. Marode Brücken, ein restlos ausgelastetes Schienennetz, tägliche Staus rechts und links des Rheins behinderten nicht nur die Bürger – sie stünden jeden Tag im Stau oder reisten in überfüllten Zügen, eingepfercht wie die Ölsardinen –, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung im Regierungsbezirk Köln. Die Themen „Logistik“ sowie „Verbesserung und Erweiterung aller Verkehrswege“ – Straßen, Schienen und Wasserstraßen – würden im Regionalrat zentrale Themen der gemeinsamen Arbeit sein.

#### Drittens. Planung in Entwicklung umsetzen

In der 3. Wahlperiode habe man gemeinsam zahlreiche Änderungen des Regionalplans, die zum Teil fast zehn Jahre lang hin und her gewälzt worden seien, erfolgreich zum Abschluss gebracht. Es gebe praktisch keinen Rückstand mehr in der Bearbeitung der Regionalplan-Änderungen. Trotzdem kämen einige Projekte nicht vom Fleck. Die formale Aufgabe des Regionalrats sei die Ermöglichungsplanung – die Umsetzung obliege anderen –, die aber die Region nur weiterbringe, wenn aus Pla-



<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>9</b>

nungen auch Investitionen würden. Untersuchungen und Abwägungen hätten bis zum Aufstellungsbeschluss der verschiedenen Änderungen wahrlich reichlich stattgefunden. Das müsse sich auch in der Realisierungsphase der einzelnen Projekte auswirken; sie dürften nicht erneut behindert werden.

Das Ziel des Regionalrats für diese Wahlperiode laute: Das Rheinland solle die am dynamischsten wachsende Region Nordrhein-Westfalens bleiben. – In diesem Sinne freue er sich auf eine gute Zusammenarbeit.

## **TOP 7      Berufung der beratenden Mitglieder des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln**

- 7.1    Wahl der Arbeitgebervertreter
  - 7.2    Wahl der Arbeitnehmervertreter
  - 7.3    Wahl des Vertreters der im Regierungsbezirk Köln tätigen Sportverbände
  - 7.4    Wahl des Vertreters der im Regierungsbezirk Köln tätigen nach § 29 BNatSchG anerkannten Naturschutzverbände
  - 7.5    Wahl der Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsstellen
- Drucksache Nr. RR 53/2014

**Vorsitzender Rainer Deppe** erläutert, zu den stimmberechtigten Mitgliedern des Regionalrates würden sechs Mitglieder mit beratender Befugnis aus den im Regierungsbezirk zuständigen Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und der Landwirtschaftskammer NRW sowie den im Regierungsbezirk tätigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden berufen.

Zusätzlich beriefen die stimmberechtigten Mitglieder des Regionalrates je ein Mitglied mit beratender Stimme aus den im Regierungsbezirk tätigen Sportverbänden, den nach Naturschutzrecht anerkannten Naturschutzverbänden sowie den kommunalen Gleichstellungsstellen.

Die in der Drucksache aufgeführten Wahlvorschläge seien fristgerecht eingereicht worden. Mit Ausnahme der Gruppe der Arbeitnehmervertreter mit vier Vorschlägen seien genauso viele Vorschläge gemacht worden, wie Vertreter zu wählen seien.

Wenn die Stimmzettel verteilt würden, habe jedes stimmberechtigte Mitglied des Regionalrates bei der Berufung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter je drei Stimmen. Bei der Berufung der Mitglieder der Sportverbände, der nach Naturschutzrecht anerkannten Naturschutzverbände und der kommunalen Gleichstellungsstellen habe jedes stimmberechtigte Mitglied des Regionalrates je eine Stimme.

**Rolf Beu (GRÜNE)** wendet sich an die Verwaltung. Der Vorsitzende habe von den im Regierungsbezirk tätigen Gewerkschaften gesprochen. Man könnte noch interpretieren: die entsprechenden Gewerkschaftsdachverbände. Aber es gebe noch andere Gewerkschaften als die in der Drucksache genannten, die im Bereich der Bezirksregierung Köln tätig seien, zum Beispiel die GDL.

Die Bezirksregierung sei an einzelne Gewerkschaften herangetreten. Ihn interessiere, wer angeschrieben worden sei. Theoretisch könnten einzelne im Gebiet tätige

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>10</b>

Arbeitnehmerorganisationen, wie etwa Minidachverbände, keine Kenntnis erlangt haben. Denn das Gesetz gebe keine Ausschließlichkeitsvoraussetzung an.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** antwortet, die Dachverbände – und keine Einzelgewerkschaften – seien beteiligt und angeschrieben worden.

**Rolf Beu (GRÜNE)** erkundigt sich, ob noch andere als die in der Drucksache aufgeführten Gewerkschaften angeschrieben worden seien.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** erklärt, man habe sich an die drei in der Drucksache aufgeführten Verbände gewendet: Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB), DBB NRW – Beamtenbund und Tarifunion, Deutscher Gewerkschaftsbund.

(Die Wahl der beratenden Mitglieder des Regionalrats wird in geheimer Abstimmung durchgeführt.)

Der **Regionalrat** fasst zu TOP 7.1 bis 7.5 – Ergebnis: Ja-Stimmen : Nein-Stimmen : Enthaltungen – folgende Beschlüsse:

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln beruft zu Mitgliedern mit beratender Befugnis (beratende Mitglieder) als

1. Vertreter der Arbeitgeber:

Kornell, Günter	(Ergebnis: 36:3:4)
Reichardt, Ulf	(Ergebnis: 36:2:5)
Dr. Weltrich, Ortwin	(Ergebnis: 36:2:4)

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>11</b>

2. Vertreter der Arbeitnehmer:
 

Mährle, Jörg	(35 Ja-Stimmen)
Woelk, Ralf	(38 Ja-Stimmen)
Behlau, Stefan	(36 Ja-Stimmen)
3. Vertreter der Sportverbände:
 

Heimann, Ulrich	(Ergebnis: 40:0:3)
-----------------	--------------------
4. Vertreterin der Naturschutzverbände:
 

Hachtel, Monika	(Ergebnis: 42:1:0)
-----------------	--------------------
5. Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsstellen:
 

Fink, Brunhilde	(Ergebnis: 40:1:2)
-----------------	--------------------

**Vorsitzender Rainer Deppe** ergänzt zu TOP 7.2, auf Hupp, Johannes seien neun Ja-Stimmen entfallen. Er sei also nicht gewählt worden.

**TOP 8.1 Bildung der Kommissionen des Regionalrates Köln  
Festlegung und Bezeichnung der Kommissionen  
Drucksache Nr. RR 60/2014**

Der **Regionalrat** fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat bildet die folgenden Kommissionen:

- Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
- Verkehrskommission mit der Unterkommission Ville-Eifel, der Unterkommission Rhein-Berg und der Unterkommission Schiene

**TOP 8.2 Bildung der Kommissionen des Regionalrates Köln  
Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten und beratenden  
Mitglieder der Kommissionen  
Drucksache Nr. RR 55/2014**

Der **Regionalrat** fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Regionalrat setzt gemäß § 21 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung die Anzahl der stimmberechtigten Kommissionsmitglieder für die nachfolgenden Kommissionen wie folgt fest:
 

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen: 29; Verkehrskommission: 29; Unterkommission Ville-Eifel: 23; Unterkommission Rhein-Berg: 23; Unterkommission Schiene: 19.
2. Die Festlegung der Anzahl der beratenden Kommissionsmitglieder erfolgt in der nächsten Sitzung.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 1. RR-Sitzung	RR 76/2014	12

**TOP 8.3 Bildung der Kommissionen des Regionalrates Köln  
Wahl bzw. Berufung der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der Kommissionen**  
Drucksache Nr. RR 61/2014

Der **Regionalrat** fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

Der Regionalrat hat sich bei der Besetzung der Kommissionen auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt. Zu stimmberechtigten Mitgliedern der Kommissionen werden gewählt bzw. berufen:

*Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen (KRS)*

- CDU: Borning, Ronald; Clemens, Gerhard; Deppe, Rainer; Donie, Brigitte; Finkeldei, Norbert; Götz, Stefan; Hebbel, Paul; Jansen, Franz-Michael; Maiwaldt, Wolfgang; Neisse-Hommelsheim, Carla; Weber, Günter
- SPD: Frenzel, Michael; ten Haaf, Ralf; Höfken, Heiner; Konzelmann, Thorsten; Krings, Hans; Schaper, Dieter; Schlüter, Volker; Schmitz, Hans
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Herlitzius, Bettina; Lambertz, Horst; Metz, Martin, Waddey, Manfred
- FDP: Müller, Reinhold; Westerschulze, Stefan
- DIE LINKE: Singer, Peter
- FW: Bornhold, Rüdiger
- AfD: Spenrath, Jürgen
- PIRATEN: Plum, Yvonne

*Verkehrskommission (VK)*

- CDU: Borning, Ronald; Deppe, Rainer; Dohmen, Hans-Willi; Fabian, Gerd; Hebbel, Paul; Kehren, Dr. Hanno; Kitz, Marcus; Möring, Karsten; Reinsberg, Henriette; Stefer, Michael; Weber, Günter
- SPD: Hengst, Milanie; Höfken, Heiner; Neitzke, Gerhard; Noack, Horst; Oetjen, Hans-Friedrich; Schaper, Dieter; Timm, Dierk; Tüttenberg, Achim
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Beu, Rolf; Metz, Martin; Waddey, Manfred; Zentis, Gudrun
- FDP: Göbbels, Ulrich; Westerschulze, Stefan
- DIE LINKE: Hane-Knoll, Beate
- FW: Bornhold, Rüdiger
- AfD: Spenrath, Jürgen
- PIRATEN: Plum, Yvonne

*UK Ville-Eifel (UK VE)*

- CDU: Borning, Ronald; Dohmen, Hans-Willi; Donie, Brigitte; Fabian, Gerd; Hilsenbeck, Hans-Josef; Jansen, Franz-Michael; Kehren, Dr. Hanno; Schnäpp, Hans; Weber, Günter
- SPD: Esser, Werner; Höfken, Heiner; Krekels, Gerd; Neitzke, Gerhard; Oetjen, Hans-Friedrich; Timm, Dierk; Schulte, Andreas

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 1. RR-Sitzung	RR 76/2014	13

BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Beu, Rolf; Waddey, Manfred; Zentis, Gudrun  
FDP: Ehm, Hans; Groß, Franz Albert  
DIE LINKE: Singer, Peter  
FW: –  
AfD: Spenrath, Jürgen  
PIRATEN: –

*UK Rhein-Berg (UK RB)*

CDU: De Bellis-Olinger, Teresa; Deppe, Rainer; Gasper, Franz;  
Hauser, Benedikt; Kitz, Marcus; Nessler-Komp, Birgitta;  
Omankowsky, Albrecht; Stefer, Michael; Wehler, Jürgen;  
SPD: ten Haaf, Ralf; Hengst, Milanie; Laufs, Dominik; Mederlet,  
Frank; dos Santos, Susana; Tüttenberg, Achim; Wascheck,  
Johannes

BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Beu, Rolf; Metz, Martin; Waddey, Manfred  
FDP: Müller, Reinhold; Pagels, Hans-Joachim  
DIE LINKE: Hane-Knoll, Beate  
FW: Bornhold, Jürgen  
AfD: –  
PIRATEN: –

*UK Schiene*

Die Wahl bzw. Berufung der Mitglieder erfolgt in der nächsten Sitzung.

Die Wahl der beratenden Mitglieder für alle Kommissionen erfolgt ebenfalls in der nächsten Sitzung.

**TOP 8.4 Bildung der Kommissionen des Regionalrates Köln  
Zuteilung der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden  
der Kommissionen**  
Drucksache Nr. RR 62/2014

Der **Regionalrat** fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Fraktionen im Regionalrat haben sich auf die Verteilung der Kommissionsvorsitze geeinigt.

Zu Kommissionsvorsitzenden und Stellvertretern werden benannt:

KRS:	Vorsitzender:	Konzelmann, Thorsten (SPD)
	Stellv. Vorsitzender:	Jansen, Franz-Michael (CDU)
VK:	Vorsitzender:	Hebbel, Paul (CDU)
	Stellv. Vorsitzende:	Hengst, Milanie (SPD)
UK VE:	Vorsitzender:	Dohmen, Hans-Willi (CDU)
	Stellv. Vorsitzender:	Neitzke, Gerhard (SPD)
UK RB:	Vorsitzender:	Müller, Reinhold (FDP)
	Stellv. Vorsitzender:	Metz, Martin (GRÜNE)

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>14</b>

UK Schiene: Vorsitzender:  
Stellv. Vorsitzende

Beu, Rolf (GRÜNE)  
Hane-Knoll, Beate (LINKE)

**TOP 9      Innovationsregion Rheinisches Revier: Fortsetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe**  
Drucksache Nr. RR 56/2014

**Vorsitzender Rainer Deppe** teilt mit, man habe sich darauf verständigt, die gemeinsame Arbeitsgruppe fortzusetzen. Da die Details noch mit dem Regionalrat Düsseldorf festgelegt werden müssten, wolle man heute nur beschließen, die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe anzustreben. In der nächsten Sitzung werde man zu den Details kommen und die Besetzung vornehmen.

Der **Regionalrat** fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat begrüßt die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

**TOP 10      Geschäftsordnung des Regionalrates**  
Drucksache Nr. RR 54/2014

**Vorsitzender Rainer Deppe** verweist auf die aktuelle Fassung der Drucksache Nr. RR 54/2014 vom 17. September 2014, den Entwurf der Geschäftsordnung, wie er im Ältestenrat besprochen und von den Fraktionen beantragt worden sei.

**Yvonne Plum (PIRATEN)** führt aus, ihr sei aufgefallen, dass in § 1 Abs. 2 Satz 1 gesagt werde, dass für die Bildung einer Fraktion eine grundsätzliche politische Übereinstimmung erforderlich sei, und bittet um Auskunft, wie man eine grundsätzliche politische Übereinstimmung definiere, wer das festlege und woran das gemessen werde. Sie finde die Formulierung etwas problematisch.

**Jürgen Sperrath (AfD)** meint, da man kein imperatives Mandat kenne, sei diese Verkettung sehr problematisch. Denn im Endeffekt werde eine Verbindung zwischen Mandat, Politik und Partei hergestellt, die es eigentlich nicht gebe. Das halte er für rechtlich unklar.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** erläutert, man habe es mit einem unbestimmten Rechtsbegriff zu tun. Ob die Voraussetzungen gegeben seien, bemesse sich zum Beispiel an dem Statut des Zusammenschlusses, nach seiner tatsächlichen Anwendung oder nach den Bekundungen der Mitglieder über die grundsätzliche politische Übereinstimmung.

**Vorsitzender Rainer Deppe** merkt an, heute würden keine zusätzlichen Fraktionen gebildet. Wenn man das tun wolle, müsse man eine grundsätzliche politische Übereinstimmung nachweisen, was nicht so einfach sei.

**Herr Hundenborn (Bezirksregierung Köln)** ergänzt, diese Formulierung sei in Anlehnung an die kommunalrechtlichen Regelungen gewählt worden.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>15</b>

Der **Regionalrat** fasst bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt die Geschäftsordnung für die Wahlperiode 2014 bis 2020 in der Vorlage der beigefügten Fassung.

**TOP 11      Bestellung des Regionalplaners Herrn AL Udo Kotzea**  
Drucksache Nr. RR 63/2014

**Vorsitzender Rainer Deppe** teilt mit, um Herrn AL Udo Kotzea zum Regionalplaner zu bestellen, sei mit dem Regionalrat das Benehmen herzustellen.

**Udo Kotzea (Bezirksregierung Köln)** stellt sich vor. Von Haus aus sei er Jurist, und er habe am Anfang sowohl bei der Stadt Bonn als auch im Innenministerium in Düsseldorf gearbeitet. Seit 23 Jahren sei er bei der Bezirksregierung Köln. Dort habe er alle möglichen Dezernate kennengelernt, und in den letzten zwölf Jahren sei er in der Kommunalaufsicht – zum Schluss als Leiter der Oberen Kommunalaufsicht – tätig gewesen.

Die Kommunalaufsicht sei ein gutes Standbein, um die kommunalen Bedürfnisse und Wünsche zu erahnen und in vernünftige Bahnen zu bringen. Zwar gehe die Planung als abstraktes Instrumentarium darüber hinaus, aber man habe in dieser Sitzungsperiode viel vor, und es werde wohl spannende Diskussionen über die Fortschreibung des Regionalplans geben.

Der **Regionalrat** nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stellt das Benehmen her.

**Vorsitzender Rainer Deppe** heißt den neuen Regionalplaner in der Runde des Regionalrats herzlich willkommen. Man freue sich auf die Zusammenarbeit.

**TOP 12      Berufung der Funktionalen Bank des Braunkohlenausschusses**  
Drucksache Nr. RR 57/2014

Der **Regionalrat** fasst bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beruft als stimmberechtigte Mitglieder des Braunkohlenausschusses (Funktionale Bank):

1. Vertreterin oder Vertreter der für das Braunkohlenplangebiet zuständigen Industrie- und Handelskammern:  
Frau Anke Schweda (Abteilungsleiterin Innovation, Umwelt, Industrie der IHK Aachen)
2. Vertreterin oder Vertreter der für das Braunkohlenplangebiet zuständigen Handwerkskammern:  
Herrn Peter Deckers (Hauptgeschäftsführer der HWK Aachen)
3. Vertreterin oder Vertreter der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen:  
Herrn Johannes Frizen (Präsident der LWK NRW)

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>16</b>

4. Vertreterinnen oder Vertreter der im Braunkohlenplangebiet tätigen Arbeitgeberverbände:
  - a) Herrn Dr.-Ing. George Milojcic  
(Hauptgeschäftsführer des DEBRIV)
  - b) Herrn Dipl. Ing. Claus Kuhnke  
(Bergschuldirektor des DEBRIV)
5. Vertreterinnen oder Vertreter der im Braunkohlenplangebiet tätigen Gewerkschaften:
  - a) Herrn Waldemar Bahr  
(Gewerkschaftssekretär der IG BCE, Landesbezirk Nordrhein)
  - b) Herrn Dennis Radtke  
(Gewerkschaftssekretär der IG BCE, Landesbezirk Nordrhein)
  - c) Herrn Ernst Ungermann  
(Gewerkschaftssekretär der IG BCE, Landesbezirk Nordrhein)
6. Vertreterin oder Vertreter der Landwirtschaft:  
Herrn Friedhelm Decker (Landwirt)
7. Vertreterin oder Vertreter der im Braunkohlenplangebiet tätigen nach Naturschutzrecht durch das zuständige Landesministerium anerkannten Naturschutzverbände:  
Frau Dorothea Schubert (Landesbüro der Naturschutzverbände NRW)

**TOP 13      Stellungnahme des Regionalrates zum Ökologischen Abfallwirtschaftsplan (ÖAWP)**  
- **Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.09.2014**  
Drucksache Nr. RR 59/2014 (Tischvorlage)

**Vorsitzender Rainer Deppe** bezieht sich auf die Diskussion zu TOP 13 unter TOP 1 „Feststellung der Tagesordnung“ und verweist auf die Verabredung in der letzten Sitzung des Vorgängerregionalrats, die Stellungnahme wegen der Fristverlängerung bis zum 30.09.2014, also in der heutigen Sitzung, abzugeben.

Die Bezirksregierung habe von vornherein mitgeteilt, selber keine Stellungnahme abzugeben, da sie sich innerhalb des Behördenaufbaus an die Vorgaben gebunden fühle. Damit sei es Aufgabe der Fraktionen gewesen, eventuelle Stellungnahmen für die heutige Sitzung einzureichen. Das habe man zu Beginn dieser Woche im Ältestenrat so besprochen, und es liege nun ein Entwurf einer Stellungnahme vor, erarbeitet von den Fraktionen von CDU und SPD. – Weitere Stellungnahmen gebe es nicht.

**Rolf Beu (GRÜNE)** geht darauf ein, dass der Vorsitzende die Vorgeschichte korrekt dargestellt habe. Die Grünen seien davon ausgegangen, was sich als nicht richtig herausgestellt habe, dass die Bezirksregierung eine Stellungnahme abgeben werde, die der Regionalrat als Diskussionsgrundlage hätte nutzen können.

Den Grünen sei erst gestern der gemeinsame CDU/SPD-Antragstext zugegangen. Er – Beu – wisse, dass es schwierig sei, solche Texte zu kommunizieren und mit al-



<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>17</b>

len Beteiligten abzustimmen. Nun stehe man vor dem Problem, wie man mit dem einzigen Text, der vorliege, umgehe.

Vom Ansatz her sei der in Rede stehende Text richtig. Obwohl man bestimmte Punkte teile, halte man beispielsweise den ersten Satz im 1. Spiegelstrich am Ende der Stellungnahme, durch den die Öffnungsklausel einfach eingeführt werden solle, für zu weitgehend:

„Insbesondere, aber nicht nur wegen der Nähe des Rheinlandes zu den europäischen Nachbarländern, fordert der Regionalrat eine Öffnungsklausel im AWP, die die Verbrennung von Abfall aus den europäischen Nachbarstaaten ohne großen bürokratischen Aufwand ermöglicht.“

Die Grünen könnten damit leben, wenn der Regionalrat die Prüfung einer Öffnungsklausel fordern würde. Denn die Auswirkungen einer Öffnungsklausel seien heute in der Kürze der Zeit nicht abschließend einzuschätzen.

Außerdem müsse der obige Satz verdeutlichen, dass die Öffnungsklausel nicht zu einem Mülltourismus führen dürfe. Man wolle nicht, dass sich das südliche Rheinland am Ende als Entsorgungsregion für Nordholland oder die westliche Wallonie wiederfinde, auch wenn ihm als Bonner klar sei, dass man zurzeit sogar Müll aus Süditalien verbrenne.

Zumindest diese beiden Punkte müssten in den Satz aufgenommen werden, damit sich die Grünen dem Text nähern könnten. – Die formale Diskussion habe man schon unter TOP 1 geführt.

Nachdem man gemeinsam einen Fragenkatalog erstellt und die unbefriedigenden Antworten des Ministeriums mitgeteilt bekommen habe – so **Gerhard Neitzke (SPD)** –, sei klar erkennbar gewesen, von der Bezirksregierung als nachgeordneter Behörde des Ministeriums keinen Entwurf einer Stellungnahme erwarten zu können. Deshalb sei die SPD tätig geworden und habe sehr kurzfristig, weil die Zeit davongelaufen sei, eine Stellungnahme des Regionalrats zu den Kernpunkten des Abfallwirtschaftsplans erstellt.

Zu dem 1. Spiegelstrich: Der Regierungsbezirk Köln sei nun einmal eine Grenzregion mit den Nachbarn Holland und Belgien. Man habe sowohl zum deutsch-belgischen Bereich als auch zur Provinz Limburg gute Kontakte – innerhalb der bilateralen Zusammenarbeit auch grenzüberschreitend –, sodass man Holland und Belgien die Verbrennung von Abfall im Regierungsbezirk Köln ermöglichen wolle. Keiner wolle Mülltourismus, sondern man habe es angeprangert, als die ersten Container aus Sizilien gekommen seien. Es gehe darum, die guten Kontakte, die man im Grenzgebiet habe, gegebenenfalls auch zu nutzen, um sich gegenseitig zu helfen.

**Reinhold Müller (FDP)** verzichtet darauf, weiter auf die Vorgeschichte einzugehen, und gibt zu bedenken, es sei schwierig, in der Umbruchphase eine solche Stellungnahme gemeinsam zu erarbeiten.

Zu den Müllverbrennungskapazitäten und der Deponieplanung begrüße die FDP den Antrag von der Grundintention. Man sehe in den Spiegelstrichen eine Menge richtiger Ansätze, die man ausdrücklich vertrete, weil man auch der Meinung sei, zumin-

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>18</b>

dest die Möglichkeit der regionalen Zusammenarbeit müsse gegeben sein. Deshalb brauche man die Öffnungsklausel. Dass die Öffnungsklausel einer bestimmten Gruppe nicht gefalle, sei verständlich; trotzdem befürworte die FDP den Antrag.

Bei der Verbesserung der stofflichen Verwertung habe die FDP Schwierigkeiten mit dem Antrag. Dort sei einiges enthalten, was man genauer auseinanderdividieren müsse. Zum Beispiel würden die Altkleider in aller Regel nicht vom öffentlich-rechtlichen Entsorger entgegengenommen. Meist seien es das Rote Kreuz, die Caritas oder andere Organisationen, die die Sammlung und Verwertung vornähmen. Insofern sei es außerordentlich schwierig, mit Quoten zu arbeiten. Das halte die FDP nicht für den richtigen Ansatz.

Auch für die zusätzliche Gründung einer Stiftung oder Agentur sehe die FDP keine Notwendigkeit. Da sich genügend Behörden mit dem Thema befassten, müsse man keine neuen Strukturen aufbauen.

Heute im Schnelldurchgang einzelne Änderungen der Stellungnahme vorzunehmen, sei fast nicht möglich. Insofern gelte der Grundsatz „Friss oder stirb!“, denn der 30. September stehe vor der Tür. Die FDP werde entsprechend abstimmen.

**Peter Singer (LINKE)** macht ebenfalls deutlich, Schwierigkeiten mit dem vorletzten Spiegelstrich zu haben.

Kurze Vorgeschichte: Man habe im Rhein-Erft-Kreis gerade einen Konsens gefunden, die Deponie Forst von der Firma Trienekens fortführen zu lassen. Ein Hauptgrund für diesen Konsens sei gewesen, auf jeden Fall Mülltourismus zu vermeiden, damit kein ausländischer Abfall zum Beispiel auf dieser Deponie gelagert werde. – Diese Absicht würde durch einen Beschluss des Regionalrats, eine Öffnungsklausel im AWP zu fordern, konterkariert.

Mit diesem Passus werde man dem ansonsten sinnvollen und zielgerichteten Antrag nicht zustimmen.

**Vorsitzender Rainer Deppe** weist darauf hin, dass sich die Öffnungsklausel ausschließlich auf Müllverbrennungsanlagen beziehe – nicht auf Deponien.

**Stefan Götz (CDU)** erinnert daran, wie man überhaupt zu den heutigen Überkapazitäten gekommen sei. Der damalige Regierungspräsident Antwerpes habe bestimmten Kommunen Größe und Art der Restmüllverbrennungsanlage vorgeschrieben, die sie zu errichten hätten. Die Müllverbrennungsanlagen hätten sich hinterher als viel zu groß erwiesen, was damals schon viele vorhergesagt hätten. Nun seien die Kommunen, die diesem Diktat unterlegen hätten, benachteiligt und nicht in der Lage, ihre Kapazitäten ohne die Möglichkeit einer Öffnungsklausel auszulasten.

Er – Götz – könne zwar das Anliegen von Rolf Beu verstehen, keinen Mülltourismus zu unterstützen, aber da sich die Formulierung des Antrags ausdrücklich auf europäische Nachbarstaaten beziehe, sei das nicht der Fall. Die europäischen Nachbarstaaten der Kommunen im Regierungsbezirk Köln lägen nicht irgendwo im Süden Europas, sondern, wie von Gerhard Neitzke dargestellt, an der Grenze direkt um die Ecke.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>19</b>

Deswegen habe er – Götz – die Bitte, dieser Formulierung zuzustimmen. Es gehe nicht nur darum, die Anlagen vernünftig auszulasten, um sie wirtschaftlich zu betreiben, sondern auch darum, die Gebühren für die Bürger dieser Regionen in einem erträglichen Rahmen zu halten. Die Bürger dürften nicht unter dem zu leiden haben, was Regierungspräsident Antwerpes den Kommunen damals aufoktroziert habe.

**Vorsitzender Rainer Deppe** merkt als einer der Mitautoren der Stellungnahme Folgendes an: Beim letzten Spiegelstrich seien die Antragsteller einen weiten Schritt gegangen und forderten einheitliche Grenzwerte für Müllverbrennungsanlagen und die sogenannten § 17-BImSchG-Anlagen – eine starke politische Aussage.

**Rolf Beu (GRÜNE)** betont, in seinem ersten Redebeitrag habe er zwar Kritik am Zustandekommen der Stellungnahme und an der Kurzfristigkeit geübt, aber das Papier im Großen und Ganzen gelobt.

Noch einmal zu der von ihm kritisierten Formulierung im ersten Satz des 1. Spiegelstrichs der Stellungnahme:

„Insbesondere, aber nicht nur wegen der Nähe des Rheinlandes zu den europäischen Nachbarländern, fordert der Regionalrat eine Öffnungsklausel im AWP, die die Verbrennung von Abfall aus den europäischen Nachbarstaaten ohne großen bürokratischen Aufwand ermöglicht.“

Es werde nicht klar, was mit „europäischen Nachbarstaaten“ – Nachbarstaaten des Rheinlandes oder von Deutschland – gemeint sei und was die Formulierung „ohne großen bürokratischen Aufwand“ beinhalte. Der Satz könnte bedeuten, dass Müll aus Osttschechien ohne jeden bürokratischen Aufwand in den Anlagen in Bonn, Köln oder Leverkusen verbrannt werden könnte.

Die Grünen beantragten folgende Änderungen – kursiv gedruckt – des obigen Textes:

Insbesondere..., fordert der Regionalrat *die Prüfung einer Öffnungsklausel* im AWP, ... ermöglicht; *das darf jedoch nicht zu einem Mülltourismus führen.*

Mit diesen Änderungen könnten die Grünen dem Text zustimmen. Einer Öffnungsklausel einfach zuzustimmen, ohne ihre Auswirkungen bis ins letzte Detail prüfen zu können, wäre in Anbetracht der Kürze der Zeit zu viel verlangt – trotz des ansonsten positiven Textes.

**Vorsitzender Rainer Deppe** gibt zu bedenken, der Regionalrat werde heute den Verordnungstext nicht beschließen, sondern gebe den Text lediglich an die Landesregierung, die all das prüfen werde. – Vielleicht könne man sich doch irgendwie einigen.

**Ulrich Göbbels (FDP)** regt an, die beiden Länder, die an den Regierungsbezirk Köln angrenzten, zu benennen, sodass die Diskussion über Länder wie Österreich oder Tschechien beendet sei.

**Vorsitzender Rainer Deppe** hält den Vorschlag, hinter das Wort „Nachbarstaaten“ in Klammern das Kunstwort „Benelux“ einzufügen, für salomonisch

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>20</b>

Wegen der geringen Entfernungen könne man dann nicht von Mülltourismus sprechen; innerhalb der Entsorgungsregion seien die Entfernungen teilweise größer.

Der **Regionalrat** fasst mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, des Vertreters der Freien Wähler und der Vertreterin der Piraten gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der Grünen und des Vertreters der AfD folgenden Beschluss:

Der Antrag gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln „Stellungnahme des Regionalrates zum Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle“ wird in der so geänderten Form – auf S. 3 wird in Satz 1 des 1. Spiegelstrichs hinter das Wort „Nachbarstaaten“ der Begriff „(Benelux)“ eingefügt – angenommen.

#### **TOP 14      Mitteilungen**

- a)    der Bezirksregierung**
- b)    des Vorsitzenden**

**Vorsitzender Rainer Deppe** hält zu **TOP 14 a)** fest, Mitteilungen der Bezirksregierung lägen nicht vor.

#### **Zu TOP 14 b):**

Der Sitzungskalender für das Jahr 2015, wie im Ältestenrat beschlossen, liege aus.

Heute seien keine Getränke zur Verfügung gestellt worden. Um wie in der Staatskanzlei Leitungswasser zu reichen, fehlten die Karaffen. Für die nächste Sitzung werde man eine mit den Fraktionen abgestimmte Lösung finden.

**Gerhard Neitzke (SPD)** bittet die Geschäftsführung – 2014 habe es erhebliche Überschneidungen mit NVR- und VRS-Sitzungsterminen gegeben –, die Termine des Regionalrats für 2015 an die Geschäftsleitung des NVR und des VRS weiterzugeben, um Überschneidungen möglichst zu vermeiden.

**Vorsitzender Rainer Deppe** dankt für den Hinweis.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Protokoll der 1. RR-Sitzung</b>	<b>RR 76/2014</b>	<b>21</b>

Der Vorsitzende freut sich auf eine gute Zusammenarbeit in den nächsten Jahren und schließt die Sitzung um 12 Uhr.

**Regionalrat  
- Anwesenheitsliste -**

**Regionalrats-Sitzung am 19.09.2014**

**1. Stimmberechtigte Mitglieder**

**CDU - Fraktion**

Name	anwesend
Bellis-Olinger, Teresa Elisa De	X
Borning, Ronald	X
Deppe, Rainer	X
Dohmen, Hans-Willi	X
Donie, Brigitte	X
Fabian, Gerd	X
Finkeldei, Norbert	X
Götz, Stefan	X
Hebbel, Paul	X
Jansen, Franz-Michael	X
Kehren, Hanno Dr.	X
Kitz, Marcus	X
Moll, Bert	X
Neisse-Hommelsheim, Carla	X
Nessler-Komp, Birgitta	X
Stefer, Michael	X
Weber, Günter	X

**FDP**

Name	anwesend
Göbbels, Ulrich	X
Müller, Reinhold	X
Westerschulze, Stefan	X

**Die Linke**

Name	anwesend
Hane-Knoll, Beate	X
Singer, Peter	X

**AfD**

Name	anwesend
Spennath, Jürgen	X

**SPD - Fraktion**

Name	anwesend
Frenzel, Michael	X
Geffen, Jörg van	X
Hengst, Milanie	X
Höfken, Heiner	X
Konzelmann, Thorsten	X
Krings, Hans	X
Neitzke, Gerhard	X
Noack, Horst	X
Oetjen, Hans-Friedrich	X
Schaper, Dieter	X
Schlüter, Volker	entsch.
ten Haaf, Ralf	X
Tüttenberg, Achim	X

**DIE GRÜNEN**

Name	anwesend
Beu, Rolf	X
Herlitzius, Bettina	X
Lambertz, Horst	X
Metz, Martin	X
Waddey, Manfred	X
Zentis, Gudrun	X

**Freie Wähler**

Name	anwesend
Bornhold, Rüdiger	X

**Piraten**

Name	anwesend
Plum, Yvonne	X

## **2. Beratende Mitglieder**

Name	anwesend
Landschaftsverband Rheinland	
Stadt Aachen	
Stadt Bonn	
Stadt Köln	
Stadt Leverkusen	
Städteregion Aachen	
Kreis Düren	entsch.
Kreis Euskirchen	
Kreis Heinsberg	
Oberbergischer Kreis	X
Rheinisch-Bergischer-Kreis	X
Rhein-Erft-Kreis	
Rhein-Sieg-Kreis	
Kornell, Günter LWK NRW	X
Dr. Weltrich, Ortwin HWK zu	
Reichardt, Ulf	X
Woelk, Ralf	X
Mährle, Jörg	X
Behlau, Stefan	X
Heimann, Uli	X
Hachtel, Monika	entsch.
Fink, Brunhilde (kommunale Gleichstellungsstellen)	X

## **Fraktionsgeschäftsführungen**

Hoffmann, Hajo	SPD	X
Knauff, Sebastian	CDU	X
Schäfer-Hendricks, Antje	GRÜNE	entsch.
Jöde, Eberhard	FDP	X

## **Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln**

Frau Walsken	RPin
Herr Kotzea	AL 3
Herr Hundenborn	32
Frau Müller	32
Herr Brück	32
Herr Baums	32
Frau Mudroch	32
Frau Reiß	32
Herr Schneemann	32